



Medienmitteilung

---

## Abstimmung Ecopop-Initiative

### **Ecopop bedeutet das Ende der Forschung auf heutigem Niveau**

*Bern, 12. November 2014. Die Ecopop-Initiative will zur Verringerung des Bevölkerungswachstums die Einwanderung in die Schweiz drastisch einschränken. Im Falle einer Annahme der Initiative wäre die Forschung in der schweizerischen Industrie und an den Hochschulen nicht mehr auf heutigem Niveau möglich, denn sie ist in hohem Masse auf den personellen Austausch mit dem Ausland angewiesen. Die Schweiz wäre damit nicht mehr für die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, medizinischen und umwelttechnischen Herausforderungen der Zukunft gewappnet. Deshalb empfiehlt der Vorstand der Akademien der Wissenschaften Schweiz die Ablehnung der Initiative.*

Ecopop will die jährliche Einwanderung von aktuell 70'000 bis 90'000 Personen auf zukünftig 17'000 bis 19'000 Personen beschränken. Das würde zwar ausreichen, um im Rahmen der humanitären Verpflichtungen der Schweiz Flüchtlinge und heimkehrende Auslandschweizer aufzunehmen. Es wäre aber nicht möglich, den Bedarf an qualifiziertem wissenschaftlichen Personal zu decken, denn heute stammen 39 Prozent des forschenden Personals in der Industrie aus dem Ausland; an den universitären Hochschulen sind es sogar 66 Prozent. Ohne die besten Fachkräfte aber könnten die Hochschulen ihre hohe Kompetenz etwa in der spezialisierten Medizin oder in den Ingenieurs-, Natur- und Sozialwissenschaften nicht mehr aufrechterhalten. Sie wären nicht mehr in der Lage, als Motor für Wirtschaft und Gesellschaft zu funktionieren.

Es ist wahr, dass der globale Bevölkerungszuwachs uns künftig vor grosse Probleme stellen wird. Es ist aber falsch, zu glauben, dass wir weniger Umwelt- oder Ressourcenprobleme haben werden, wenn wir die Zuwanderung radikal einschränken und die Schweiz vom Rest des Kontinentes trennen.

Im Gegenteil: Um Methoden zur Milderung der Klimaveränderungen und zur Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung zu entwickeln, brauchen wir die hochqualifizierten Menschen nicht nur aus der Schweiz, sondern auch aus dem Ausland. Eine weitere Beschränkung der Zuwanderung würde zu noch stärkerem Fachkräftemangel führen, sowie zu einer schlechteren Qualität der medizinischen Betreuung und zu grossen Lücken in der Finanzierung der Sozialwerke.

Im Falle einer Annahme der Ecopop-Initiative müsste der Bundesrat ausserdem das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU kündigen. Die Kündigung würde bedeuten, dass sich die Schweiz nicht mehr an die EU-Programme für Bildung und Forschung assoziieren könnte. Ohne diese Assoziierung stünde die Schweiz nicht mehr länger im Zentrum von europaweiten Forschungsinitiativen, die beispielsweise darauf abzielen, den negativen Einfluss der Menschheit auf die Umwelt zu verringern, die Nahrungsmittelproduktion nachhaltiger und sicherer zu gestalten oder erneuerbare Energien zu entwickeln. Alleine kann die Wissenschaft in der Schweiz diese Herausforderungen nicht meistern.

Für den Vorstand der Akademien der Wissenschaften Schweiz:

Thierry Courvoisier, Präsident

\*\*\*\*\*

**Kontaktadresse:**

Prof. Thierry Courvoisier  
Präsident Akademien der Wissenschaften Schweiz  
ISDC, Data Centre for Astrophysics  
University of Geneva

Tel. 022 379 21 01  
thierry.courvoisier@unige.ch

Die **Akademien der Wissenschaften Schweiz** sind ein Verbund der vier wissenschaftlichen Akademien der Schweiz: der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz SCNAT, der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften SAGW, der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften SAMW, und der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften SATW. Sie umfassen nebst den vier Akademien die Kompetenzzentren TA-SWISS und Science et Cité sowie weitere wissenschaftliche Netzwerke. Die Akademien der Wissenschaften Schweiz vernetzen die Wissenschaften regional, national und international. Sie vertreten die Wissenschaftsgemeinschaften disziplinär, interdisziplinär und unabhängig von Institutionen und Fächern. Ihr Netzwerk ist langfristig orientiert und der wissenschaftlichen Exzellenz verpflichtet. Sie beraten Politik und Gesellschaft in wissensbasierten und gesellschaftsrelevanten Fragen.